

## **Zum Jahr der Europäischen Zeitgeschichte 2014: 1914 – 1939- 1989-2004**

### **Artikel für das Sonderheft „Erinnern und Gedenken“ des DE Magazin Deutschland**

**Markus Meckel, Präsident des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge  
e.V.**

**April 2014**

Nachdem der Erste Weltkrieg in Deutschland lange weitgehend im Schatten des Zweiten stand und kaum Thema war, bricht nun zum 100. Jahrestag seines Beginns zunehmend eine Fülle von Veranstaltungen und Debatten über uns herein. Dabei fällt auf, dass diese sich vor allem auf den Ausbruch des Ersten Weltkrieges beziehen, das Buch von Christopher Clark gibt gewissermaßen den Takt vor. Neben der eigentümlichen Beschränkung auf den Weltkriegsbeginn bleibt bis auf den verdienstreichen Band der Zeitschrift „Osteuropa“ auch weitgehend aus dem Blickfeld, dass der Erste Weltkrieg nicht nur im Westen stattgefunden hat, sondern ebenso – und z.T. in einer ganz anderen Weise – auch im Osten. Bisher kommt wenig zur Sprache, welche Folgen diese „Urkatastrophe“ für das ganze 20. Jahrhundert als Zeitalter der Extreme und Gewalt hatte. Dabei lassen sich vom Ersten Weltkrieg aus lange Linien durch das ganze letzte Jahrhundert ziehen, die gleichzeitig bis in die Gegenwart reichen. Ohne diesen Krieg hätte es die sogenannte Oktoberrevolution in Russland 1917 so nicht gegeben; und Hitler hätte ohne ihn und seine Folgen nach dem Versailler Friedensvertrag vermutlich nicht die Anhängerschaft gefunden, die den Terror des Nationalsozialismus und den Zweiten Weltkrieg ermöglichten.

Im Blick auf den Ersten Weltkrieg ist viel zu lernen. Wir sehen im Vorkriegseuropa eine über den ganzen Kontinent verteilte zivile Gesellschaft, die sich für den Frieden einsetzt – und zu schwach ist, im entscheidenden Moment politisch wirksam zu sein und auch nur die nationalen öffentlichen Diskurse zu erreichen. Die Politik versagt, die Militärs entscheiden. Mit dem Kriegseintritt der USA 1917 steht die Demokratiefrage auf der Tagesordnung Europas. Nach dem Krieg verlassen die Amerikaner Europa und werden erst nach dem Zweiten Weltkrieg diesen Fehler nicht wiederholen – das transatlantische Verhältnis wird zu einer Schicksalsfrage für Europa. Der Völkerbund wird gegründet – internationales Recht institutionell verankert, doch vorerst zu schwach. Mit der UNO gibt es im Gefolge des Zweiten Weltkrieges mehr Erfolge – und doch bleibt die weitere Ausgestaltung bis heute eine Herausforderung. Und schließlich: Am Ersten Weltkrieg kann man lernen, wie man nicht Frieden schließen darf, zuerst gilt das für den Frieden im Osten von Brest-Litowsk – und nach dem gleichen Muster dann für die Pariser Vorortverträge. Der demütigende Versailler Vertrag mit der deutschen Alleinschuldthese schuf die Grundlagen für Hitlers Akzeptanz in breiten Kreisen der deutschen Bevölkerung, der Trianon-Vertrag ist bis heute ein unverarbeitetes ungarisches Trauma, das bei den Nachbarn Ungarns bis in die Gegenwart zu Beunruhigungen führt.

Nachdem der deutsche Völkermord an den Hereros 1904 die Weltöffentlichkeit noch wenig beschäftigte, eröffnete der Völkermord an den Armeniern 1915 im Osmanischen Reich vor der Weltöffentlichkeit ein Jahrhundert der Genozide und Gewalt. Im nächsten Jahr jährt sich der armenische Genozid zum 100. Male. Wir Deutschen waren damals durch Diplomaten, Militärberater und nicht zuletzt den deutschen Theologen Johannes Lepsius bestens informiert – die Akten liegen heute im Auswärtigen Amt. Zum Jahrestag sollte das Amt aus diesen Akten eine Ausstellung zeigen und – ausgehend vom eigenen beobachtenden Beteiligtsein – Initiative entwickeln, um das internationale Gespräch darüber und seine Folgen fortzusetzen.

Der Zweite Weltkrieg wiederum begann vor 75 Jahren, kurz nach dem zuvor geschlossenen Hitler-Stalin-Pakt, der für unsere östlichen Nachbarn - mehr als uns weithin bewusst ist – wesentlich mit zu ihren Erfahrungen gehört, rückten doch nach dem deutschen Überfall auf Polen am 1. September 1939 am 17. September die sowjetischen Truppen vom Osten her in Polen ein, führten mit Finnland Krieg und besetzten 1940 die baltischen Staaten, aus denen sie große Teile der Bevölkerung deportierte. Diese bis heute im Westen wenig bekannte Geschichte relativiert in keiner Weise die deutschen Verbrechen während des Zweiten Weltkrieges in ganz Europa, besonders in seinem Osten. Doch macht es deutlich, dass wir in Deutschland und Europa unsere eigene Erinnerungs- und Gedenkkultur für die Erfahrungen unserer Partner und Mitglieder im Osten öffnen müssen. Es ist von großer Bedeutung für ganz Europa, mit ihnen ins Gespräch zu kommen, ihr Erleben, ihre Traumata zur Kenntnis und ernst zu nehmen und in einen europäischen Diskurs einzuzeichnen. Gerade die gegenwärtigen Ereignisse auf der Krim und in der Ostukraine rufen dort Erinnerungen wach und führen zu Reaktionen, die mit dieser Geschichte verbunden sind und von uns allen ernst genommen werden müssen.

1945 wurden wir Deutschen und ganz Europa von den Alliierten vom Nationalsozialismus befreit. Auch wenn die Mehrheit der Deutschen es damals eher als Zusammenbruch empfand, ist es heute in Deutschland anerkannt, dass wir allen Grund haben, den damaligen Kriegsgegnern dafür dankbar zu sein – auch den Nachfolgestaaten der Sowjetunion, die den größten Blutzoll dafür zahlten. Doch darf gleichzeitig nicht vergessen werden, dass dieser Befreiung in der östlichen Hälfte Europas nicht die Freiheit folgte wie im Westen, sondern bis 1989 eine kommunistische Diktatur, die Freiheit, Selbstbestimmung und Demokratie verweigerte. Es wird für die Feiern zum 70. Jahrestag der Befreiung im Jahr 2015 von größter Bedeutung sein (anders als beim 60. Jahrestag, den Europa 2005 in Moskau unter die Ägide Putins feierte), diese Dimension nicht zu vergessen und deutlich zu machen, dass Freiheit und Demokratie in diesem Teil Europas erst 1989 möglich wurden. Bis heute wird das Jahr 1989 in der europäischen Erinnerungskultur zu wenig beachtet, obwohl es für einen großen Teil des Kontinents eine ähnliche Bedeutung hat wie das Jahr 1945 im Westen. Europa ist erinnerungspolitisch nach wie vor stark gespalten. Gerade für uns Deutschen, die in beiden Erfahrungen verwurzelt sind, sollte es eine Herausforderung sein, diese verschiedenen Traditionen miteinander zu verbinden und uns auf europäischer Ebene ebenso dafür einzusetzen.

Im kommenden November jährt sich der Mauerfall zum 25. Male. Gerade die Erinnerung an zurückliegende Gedenkfeiern zum Mauerfall veranlasst mich, darauf hinzuweisen, dass bei allen Feierlichkeiten zu diesem Anlass - wenn wir die historischen Zusammenhänge ernst nehmen – unsere Nachbarn und Partner in der mitteleuropäischen Revolution von 1989 unsere hervorgehobenen Gäste sein sollten (Polen, Ungarn, Tschechen und Slowaken). Die Mauer fiel in der Friedlichen Revolution durch den Ansturm der Massen, die Friedliche Revolution aber ist Teil eines größeren, friedlichen, historischen Umbruchs in Mitteleuropa und der Mauerfall symbolisiert den Sieg dieser mitteleuropäischen Revolution. Die ehemaligen Alliierten und alle weiteren Nachbarn in Europa sind natürlich ebenso willkommen – aber die Mitteleuropäer müssen gewissermaßen als Teilnehmer dieser mitteleuropäischen Revolution am 9. November die geborenen Gäste sein! Leider wurde das in der Vergangenheit nicht immer beachtet! Der Sieg der Freiheit stieß das Tor zur Einheit auf, die dann verhandelt werden musste. Die Alliierten bekommen als Akteure ihre Rolle zum 3. Oktober 2015, denn die staatliche Deutsche Einheit wurde nicht zuletzt durch die Verhandlungen mit ihnen möglich, da sie die Souveränität des geeinten Deutschland akzeptierten.

Wir Deutschen sollten 2015 nicht wie bisher vergessen, dass mit den Alliierten an vielen Fronten auch die Polen kämpften und uns befreiten. In Potsdam trafen sich 1945 nur die Sowjets, Amerikaner und Briten – doch die westlichen Alliierten bezogen dann die Franzosen mit ein, die unter Charles de Gaulle an diesem Kampf teilgenommen hatten. Im Osten verhinderte Stalin ebensolches für die Polen. Wir sollten heute, 70 Jahre später, diesen polnischen Beitrag zu unserer Befreiung nicht weiterhin vergessen, sondern dadurch würdigen, dass sie 2015 zu allen Veranstaltungen mit den ehemaligen Alliierten mit eingeladen werden.

Die deutsche Erinnerungs- und Gedenkkultur ist bis heute noch sehr aufgespalten und wenig integrativ. Da denken die einen vor allem an den Nationalsozialismus, oder nur an den Holocaust. Andere gedenken besonders der Vertreibungen, wobei deren Ursachen und Hintergründe nicht immer mit bedacht sind. Die kommunistische Diktatur wird allzu oft nur als östliche/ostdeutsche Regionalgeschichte angesehen – und nicht als ein alle betreffender Teil der deutschen und europäischen Nachkriegsgeschichte. Der Kalte Krieg wird zu wenig in seinen internationalen Dimensionen wahrgenommen. Die beiden Weltkriege werden in Deutschland immer weniger bedacht; ihre tiefgehenden Erfahrungen und Folgen treten im öffentlichen Gedenken oft hinter die Diktaturerfahrungen und den Holocaust zurück.

Das Zusammenfallen so vieler für das 20. Jahrhundert wichtiger Jahrestage in diesem und im kommenden Jahr (2014 - 100 Jahre Beginn des Ersten, 75 Jahre des Zweiten Weltkriegs, 25 Jahre Friedliche Revolution, 10 Jahre Mitgliedschaft der neuen Demokratien in der EU; 2015 – 70 Jahre Ende des Zweiten Weltkriegs, 25 Jahre Deutsche Einheit) sollte für uns eine Herausforderung sein, die verschiedenen historischen Ereignisse stärker in ihren Zusammenhängen in den Blick zu nehmen. Hierin sehe ich auch eine Aufgabe für den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, der in Zusammenarbeit mit anderen Institutionen, die sich dem öffentlichen Gedenken widmen, dazu beitragen sollte, mehr als bisher üblich die

Verwobenheit dieser verschiedenen Dimensionen des 20. Jahrhunderts ins öffentliche und gesellschaftliche Bewusstsein zu bringen.

Gerade angesichts der Europawahlkämpfe in diesem Jahr ist es wichtig, deutlich zu machen, dass die Europäische Union gewissermaßen die Gestalt gewordene Lehre aus den Schrecken der Kriege der ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts ist. Vor 100 Jahren galten Kriege noch als normales Mittel zu Fortsetzung nationaler Interessenpolitik. Heute wissen wir, dass Frieden nicht auf dem Recht des Stärkeren, sondern auf der Stärke des Rechts beruht, auf dem friedlichen Ausgleich der Interessen und durch starke internationale Institutionen gestärkt wird.

Der Erste Weltkrieg kann uns zeigen, wohin wir nicht wieder zurückfallen dürfen. Insofern ist viel von ihm zu lernen! Es ist gut, wenn dieses Lernen nicht nur in nationalen Diskursen geschieht, sondern in europäischen. Deshalb bin ich froh, dass das Europäische Parlament die Anregung aufgenommen hat, vor seiner Auflösung in diesem Frühjahr am 16. April über den 1. Weltkrieg und seine Folgen zu diskutieren, und dass der Deutsche Bundestag am 3. Juli eine Gedenkstunde zum Ersten Weltkrieg plant, bei der Alfred Grosser als Redner eingeladen ist. So beginnt ein Diskurs, den wir dringend brauchen! Am Ende des Ersten Weltkrieges zerfielen große Reiche, neue Nationalstaaten entstanden (wieder). Es wird wichtig sein, vor 2018 einen europäischen Diskurs des Gedenkens an den Ersten Weltkrieg zu etablieren, der verhindert, dass wir dann einen Rückfall in allein jeweils nationales Gedenken erleben...